



Rülke: SPD will Freiheit der Eltern einschränken

Hohe Akzeptanz des freiwilligen Kindergartenangebots - Zwangsregelung ist falscher Weg - Der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Hans-Ulrich Rülke, hat die Ankündigung des SPD-Spitzenkandidaten Nils Schmid, im Falle einer Regierungsbeteiligung der SPD eine Kindergartenpflicht einzuführen, kritisiert.

Der Vorschlag mache deutlich, dass die SPD vorhabe, die Freiheit der Eltern einzuschränken. „Über 90 Prozent der Kinder in den letzten drei Jahren vor der Einschulung besuchen den Kindergarten, deshalb bedarf es bei einer so hohen Akzeptanz des derzeitigen freiwilligen Angebots keiner gesetzlichen Zwangsregelung“, sagte Rülke. Sinnvoller ist es nach den Worten des FDP-Fraktionsvorsitzenden, den eingeschlagenen Weg der Regierungskoalition von CDU und FDP weiterzugehen: „Mit der Sprachförderung, dem Orientierungsplan für Kindergärten und Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige sind wesentliche Qualitätsverbesserungen bei der frühkindlichen Bildung erreicht worden.“